

## Gemeinnutz vor Eigennutz

Das große Sozialwerk des R.O.M. als Dauerleistung.

Zum Abschluss des Winterhilfswerks 1936/37 und zur verfassungsmäßigen Erneuerung des R.O.M. veröffentlicht die R.O.M. Ausführungen des Reichsausttrages für das R.O.M. Hauptamtsleiter Ulrich Jilgenfeldt, denen wir folgendes entnehmen: Immer wieder muß das Bewußtsein gefestigt werden, daß nicht die Verteilung von Mitteln das tägliche Lebensbedürfnis des Entscheidenden ist, sondern daß die Gemeinschaft des Volkes dem hilft, der nicht nur in dieser Gemeinschaft, sondern für diese Gemeinschaft lebt! Alle Planung würde jedoch nutzlos und alle Leistung vergeblich sein, wenn nicht eine kraftvolle Organisation für die Durchführung der Einzelmaßnahmen geschaffen wäre. Ihren Ausdruck hat die Organisation gefunden in der von dem Reichsausttrager für Volksaufklärung und Propaganda, Dr. Goebbels, am 2. Dezember 1936 bestimmten Verfassung für das Winterhilfswerk des deutschen Volkes vom 24. März 1937 (R.O.M. I S. 423). War dem Winterhilfswerk durch das Gesetz vom 1. 12. 1936 die Rechtsfähigkeit zuerkannt und damit auch seine selbständige Wirksamkeit formell festgelegt worden, so enthält die einleitende Bestimmung einprägnant den Gedanken der Fortsetzung des Wertes auch in der Zukunft:

„Das Winterhilfswerk des deutschen Volkes, in dem Nächstenliebe und Opferfreudigkeit eines Volkes im Kampf gegen Hunger und Kälte des Winters ihren lebendigsten Ausdruck gefunden haben, wird nach dem Geiste des Führers als ständiges Werk der Tat gewandelten Volksbewegungen.“

Damit ist aber auch zugleich ausgesprochen, daß das Winterhilfswerk wie bisher so auch künftig an dem Prinzip der freiwilligen Mitarbeit und des aus freier Entscheidung gegebenen Opfers jedes einzelnen festhält. Weder das Gesetz noch Verfassung für das Winterhilfswerk haben hieran etwas geändert. Die Arbeit des Winterhilfswerkes des deutschen Volkes wird bestimmt von dem Leitfaden: Gemeinnutz vor Eigennutz!

## Erste Sorgen der französischen Rüstungsindustrie

Francos Ausfuhrverbot erschwert die Versorgung mit Schwefel.

Nachdem General Franco im Februar die Lieferung von Schwefel aus Frankreich verboten hat, droht die Versorgung der französischen Rüstungsindustrie mit Schwefel durch erste Schwierigkeiten zu leiden. Die französische Regierung soll seit dieser Zeit verschiedentlich versucht haben, durch Mittelspersonen eine Aufhebung dieses Ausfuhrverbotes zu erlangen. Alle ihre Bemühungen aber sollen erfolglos geblieben sein. Nunmehr fordert das Pariser „Journal“ die französische Regierung auf, selbst mit der spanischen Nationalregierung in Burgos in Verbindung zu treten und zu versuchen, die Aufhebung des Ausfuhrverbotes zu erlangen. Das sei um so ratsamer, als auch die englische Regierung schon eine Abordnung nach Spanien geschickt habe, um mit General Franco verschiedene wirtschaftliche Vereinbarungen zu treffen, obwohl sie keine offiziellen Beziehungen zur spanischen Nationalregierung unterhält.

„Frankreich“, so schreibt das Blatt, „braucht jährlich etwa eine Million Tonnen Schwefel und ist gezwungen, wenigstens die Hälfte davon einzuführen. Die schwedische und die portugiesische Erzeugung ist bereits von anderen Mächten im voraus aufgekauft, so daß für Frankreich nur noch der spanische Markt offensteht. In unterrichteten Kreisen erklärt man, daß die Vorräte Schwefels noch für drei Monate genügen, und in militärischen Kreisen ist man darüber beunruhigt. Es sind verschiedene Schritte bei der französischen Regierung unternommen worden, die aber erfolglos blieben.“

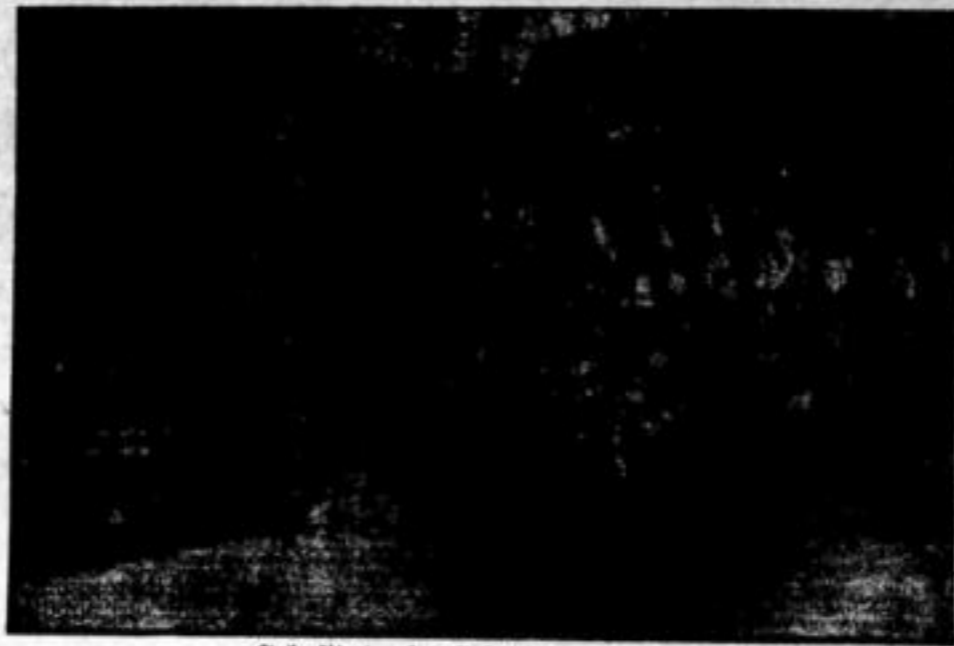
Der Sieg der spanischen Nationalisten unterliegt heute keinem Zweifel mehr und früher oder später wird die französische Regierung doch gezwungen sein, mit General Franco in Verbindung zu treten. Man versteht deshalb nicht, warum die Regierung so lange zögert, zumal die französische Landesverteidigung dabei auf dem Spiele steht.“

## Frankreich sieht keine Donauräumpolitik in Gefahr

Die Pariser Presse malt schwarz hinsichtlich der Tagung der Kleinen Entente

Paris, 1. 4. (Zuspr.) Anlässlich der Eröffnung der außerordentlichen Ratstagung der Länder der Kleinen Entente befaßt sich das „Ceuvre“ mit der vermittelnden Stellungnahme Jugoslawiens zu dem französischen Vorschlag eines gegenseitigen Bestandszweckes Frankreichs mit der Kleinen Entente gegen jeden Angreifer.

Der Abschluss des italienisch-jugoslawischen Abkommens habe in Prag und in Budapest in vielen Fragen eine lebhaft kritische Stimmung, aller Wahrscheinlichkeit nach werde die gesamte Entwicklung auf dem Balkan nach dem Abschluß an der Belgrader Konferenz stattfindenden Aussprache zwischen Benesch und Stojadinowitsch die entscheidende Wendung nehmen. Falls, was zu befürchten sei, Stojadinowitsch endgültig den Vorschlag zurückweisen sollte, hätte Frankreich auf dem Balkan eine



Infrastruktur des Gesells. Gesells. Hamburg. Weltbild (M). Vorbeimarsch der Einheiten der Gausleiter von Hamburg. Die Städte Wandlitz und Altona wurden durch den Gausleiter und Oberpräsidenten von Schleswig-Holstein, Hoffe, an den Reichshauptkammerpräsidenten von Hamburg, Kaufmann, übergeben.

große Partie verloren. Der Artikel 2 des italienisch-jugoslawischen Abkommens gebe Jugoslawien mehr oder weniger die Möglichkeit, im Falle eines Konfliktfalls volle Neutralität zu wahren. In diesem Falle aber würde die Balkanpolitik für Frankreich eine unangenehme Wendung erhalten.

„Im „Echo de Paris“ spricht Vertinax von einer Krise der Kleinen Entente. Man dürfe sich nicht verhehlen, daß die Kleine Entente demnach nur noch ein Phantom darzustellen werde, falls Stojadinowitsch keine Politik fortsetzen würde. Der jugoslawische Ministerpräsident habe der Kleinen Entente und der Balkanunion kurz hintereinander zwei Schläge verfehlt. Im Januar habe er mit Sofia den bulgarisch-jugoslawischen Freundschaftspakt geschlossen, der die Balkanunion durch die Sonderverbindung der beiden südöstlichen Länder erheblich schwäche und in der vergangenen Woche habe der jugoslawische Außenminister diese seine Unabhängigkeit durch den Abschluß des Abkommens mit Italien noch einmal unter Beweis gestellt. Hierdurch hätten sogar die Ungarn und Rumänen die italienische Freundschaft auf sich gelenkt, weil sie mit Jugoslawien zusammenhängen und nicht getrennt mit Italien verhandeln wollten. Jetzt aber hat Jugoslawien, ohne sich um die beiden anderen Länder zu kümmern, einen eigenen Vertrag abgeschlossen. In Prag und Bukarest habe man sich zwar über den Abschluß dieses Abkommens optimistisch geäußert, aber weder in der einen noch in der anderen Hauptstadt sei man es in Wirklichkeit gewesen.“

Das „Petit Journal“ will aus gut unterrichteten römischen Kreisen wissen, daß der französische Vorschlag eines gegenseitigen Bestandszweckes mit der Kleinen Entente in keiner Weise mit dem italienisch-jugoslawischen Abkommen in Einklang gebracht werden könne.

## Der englische Haushaltsabschluss

Die Stellungnahme der englischen Presse

London, 1. 4. (Zuspr.) Der Abschluß des Finanzjahres 1936/37 findet naturgemäß in der englischen Presse starke Beachtung, denn es ist seit 1933 das erstemal, daß der Haushalt mit einem Überschlag abgeschlossen ist. Fast sämtliche Blätter nehmen dem auch in Leitartikeln dazu Stellung. Die hinter der Regierung stehende Presse hebt im allgemeinen hervor, daß der Abschluß verhältnismäßig günstig ausfalle, da man infolge der Kürzungsgesetze mit einem viel höheren Überschlag hätte rechnen müssen.

Die „Times“ überschreibt ihren Leitartikel „Ein erfolgreiches Jahr“. Sie stellt, wie die Mehrzahl der Blätter, fest, daß über 13 Millionen Pfund Sterling für Schuldentilgung aus den ordentlichen Einnahmen verwendet worden seien. Benötigte man das, so hätte das Finanzjahr 1936/37 mit einem tatsächlichen Überschlag von rund 7,5 Millionen Pfund ab. Dieser Überschlag sei größer als ihn selbst Optimisten erwartet hätten und bedeute einen Erfolg in einem Jahr, wo aus den Einnahmen zum erstenmal die Kosten der Wiederaufrüstung ohne auf Anleihen zurückzugreifen, hätten gedeckt werden müssen. Bei dieser optimistischen Einstellung kommt die „Times“ schließlich zu der Annahme, daß keine drastische Steuererhöhung notwendig sein werde.

Der „Daily Telegraph“ ist nicht ganz so optimistisch. Wenn er auch schreibt, daß man mit einem Überschlag hätte rechnen müssen, sagt er doch gleich erklärend, daß Enttäuschung darüber herrschen werde, daß das Finanzjahr mit einem Defizit abgeschlossen habe. Die Tatsache, daß die Einnahmen um rund 1 Million Pfund hinter dem Budgetschlag zurückgeblieben sind, beweist das Wort zu dem Hinweis, daß das Tempo der wirtschaftlichen Wiedergewinnung auch überschätzt werden könnte. Der „Daily Telegraph“ scheint nicht überzeugt zu sein, daß die kommende Steuererhöhung genug sein wird, denn im Schlußteil heißt es, daß das Land bereit sei, für die nationale Sicherheit jede mögliche Opferbereitschaft für seine Ehrentätigkeit auf sich zu nehmen, die ein längerer Schatzkammer in Form einer neuen Besteuerung für notwendig halte.

## 12 englische neue Großflugzeuge

London, 1. 4. (Zuspr.) Für die Imperial Airways, die britische Luftverkehrs-Gesellschaft werden 12 riesige Maschinen mit je 3400 PS gebaut, die sowohl für den europäischen wie für den Empiriedienst eingesetzt werden sollen. Fünf dieser Maschinen befinden sich bereits im Bau. Die neuen Flugzeuge werden viermotorige Apparate sein, die ganz aus Metall gebaut sind. Sie sollen 42 Passagiere auf europäischen Routen aufnehmen können. Die Flugzeuge für den Empiriedienst werden für 27 Passagiere und eine größere Polsterung eingerichtet. Diese neuen Flugzeuge sollen die schnellsten ihrer Art in der Welt werden. Man will eine Höchstgeschwindigkeit von etwa 320 Stundenkilometern erreichen. Die Baukosten jeder dieser Maschinen werden sich auf 40.000 Pfund belaufen.

## Ständig steigender Brotpreis in England

London, 1. 4. (Zuspr.) Der Ernährungsrat Englands hat sich in seinem Bericht für 1936 auch sehr ausführlich mit den Auswirkungen des ständig steigenden Brotpreises auf die Lebenshaltung der ärmeren Schichten befaßt. Aus den Feststellungen geht hervor, daß das Brot jetzt in England keinen höchsten Preis seit 1928 erreicht hat. Da aber in England Brot und Mehl etwa 20 Prozent der Gesamtausgaben der ärmeren Familien für Lebensmittel ausmachen, ist es klar, welche Einwirkung jede Brotpreissteigerung auf die Lebenshaltung der mühselbemittelten Schichten ausmachen muß.

## Wolfskaff des englischen Königs an die Inder

London, 1. 4. (Zuspr.) Der englische König hatte nach Infrastrukturen der neuen Verfassung für Indien eine Wolfskaff an die Inder gerichtet. Die Wolfskaff lautet: „Heute tritt der erste Teil jener verfassungsmäßigen Reformen in Kraft, auf die Inder und Engländer gleicher Arbeit und Würde verwandt haben. Ich kann diesen Tag nicht vorübergehen lassen, ohne meinen indischen Untertanen zu versichern, daß meine Gedanken und guten Wünsche bei ihnen sind. Ein neues Kapitel wird uns eröffnet und es ist meine sehnsüchtige Hoffnung und mein Gebanke, daß die jetzt gebotenen Gelegenheiten flug und eifrig für das dauernde Wohlergehen aller meiner indischen Völker genutzt werden.“

Gleichzeitig hat der König an Burma, das mit dem heutigen Tage von Indien getrennt wird, eine besondere Wolfskaff gerichtet und dem Gouverneur von Burma eine hohe Auszeichnung verliehen.

## Deutsches Großtauchschiff für Panama

Stapelbau in Kiel

In Anwesenheit zahlreicher Ehrengäste lief auf der Friedr. Krupp-Germaniawerft in Kiel ein Großtauchschiff von 15.000 Tonnen Tragfähigkeit glücklich vom Stapel, das für die Panama-Transport-Company in Panama erbaut wurde. Die Taufe vollzog die Gattin des Befehlshabers von Panama, Frau Dr. Villalaz. Das Schiff erhielt den Namen des südamerikanischen Freiheitskämpfers „Bolivar“. Der Tanker wird mit deutscher Besatzung unter der Flagge der Panama-Transport-Company fahren und in der Hauptsache im Dienst zwischen Mittelamerika und New York einsetzt werden.

Werftdirektor Schröder unterrichtete, daß in den letzten vier Jahren 42 Schiffe auf der Krupp-Germaniawerft fertiggestellt wurden, während es im gleichen Zeitraum vorher nur 26 gewesen seien. 26 weitere Schiffe befinden sich in Bau, davon allein 10 für das Ausland. Der neue Befehlshaber der Republik Panama, Dr. Villalaz, sprach die Hoffnung aus, daß die Bande der Freundschaft immer enger werden möchten.

## Italiens Spanienpolitik

Scharfer römischer Protest gegen den ausländischen Druck gegen den spanischen Bürgerkrieg.

Der italienische Propagandaminister Maffei ist gelegentlich eines Empfanges der ausländischen Presse mit aller Bestimmtheit beim Verleumdungsfeldzug gegen Italien entgegengetreten und hat in diesem Zusammenhang einige Fragen über die italienische Spanienpolitik klargestellt.

An den Meldungen über neue italienische Freiwilligenkontingente nach Spanien sei, so erklärte der Minister, kein wahres Wort. Die Haltung Italiens in der spanischen Frage habe keinerlei Veränderung erfahren.

Sollten jedoch andere Länder mit der Entsendung Freiwilliger nach Spanien fortfahren und sich damit weiterhin in offenen Widerspruch zu der übernommenen Verpflichtung stellen, dann werde selbstverständlich auch die italienische Regierung sich zu einer neuen Prüfung ihrer Haltung genötigt sehen. Wollta undenkbar sei es, daß die einschränkenden Maßnahmen nur auf Italien Anwendung finden sollen, was nur dazu führen würde, daß jene Kräfte, die die Volkseinsicherung Spaniens wollten, freies Spiel erhielten.

## Waffen gegen geraubte Edelsteine

Paris, 1. 4. (Zuspr.) Der „Matin“ berichtet von einer weitverbreiteten „Verkaufsorganisation“ der Anarchisten und des bolschewistischen Gewerkschaftsverbandes in Spanien für geraubte Edelsteine und Schmuckgegenstände auf den Märkten von Amsterdam, Brüssel und Paris. Mit Beginn der Schoedensherrschaft der Anarchisten in Barcelona sei am 24. des anarchischen Verbandes ein großes Lager von geraubten Edelsteinen und Goldgegenständen angelegt worden, das zum Teil aus dem Besitz von Privatpersonen, zum Teil aus Klüften und Kirchen stamme. Zu Beginn des Jahres 1937 hätten die bolschewistischen Machthaber beschossen, dieses Lager auf den europäischen Gold- und Edelsteinmärkten abzugeben und in bares Geld für den Einkauf von Waffen zur Unterstützung ihrer Organisationen in Spanien umzuwandeln. Für in London sei es den anarchischen Reichsmitgliedern nicht gelungen, ihre Waren an den Mann zu bringen. Von Barcelona aus sei ein Kurierdienst über die Pyrenäen bis Perpignan eingerichtet worden, um die Wertgegenstände über die Grenze zu bringen. Von dort aus nähmen sie ihren Weg teils über Land, teils über See. Das bisher flüchtig gemachte Geld — etwa 60 Millionen Franken — sei zunächst in Barcelona, Valencia und Alicante zur „Festigung“ der anarchischen Organisationen verwandt worden. Seit dem März dieses Jahres jedoch scheine es auch außerhalb Spaniens untergebracht worden zu sein. Die verstärkte Tätigkeit der bolschewistischen und anarchischen Organisationen beispielsweise im kommunistischen Gürtel von Paris lasse darauf schließen.

## Der nationale Vorstoß an der basikanischen Front bestätigt

Salamanca, 1. 4. (Zuspr.) General Queipo de Llano bestätigte im Sender Sevilla die Nachrichten über die Mittwoch morgen eingeleitete nationale Offensive an der basikanischen Front. Die nationalen Truppen hätten 100 Gefangene gemacht und Kanonen und Geschütze erbeutet. Von der Südfront wird gemeldet, die Nationalen hätten ihre Stellungen in Iturza und Villamea del Duque aufgegeben, da diese durch Artilleriebeschüsse völlig zerstörten Ortschaften keine taktische Bedeutung hätten. Die Einwohner seien geflohen, um nicht neuerdings unter bolschewistische Herrschaft zu kommen. Der Rückzug ist mehr als ausgeglichen durch die Bekämpfung einiger bedeutender, überlebenswichtiger Stellungen des linken Frontabschnittes im Gebirge von Los Pedroches.

An der Baskenfront nahm die nationale Artillerie die gegnerische Frontlinie unter Feuer. Feindliche Vorkämpfer an der Cordobafront wurden durch Artillerie und einen Gegenangriff der nationalen Infanterie abgewiesen.

Die nationalen Flieger haben die militärischen Anlagen bei Marquina und Durango, sowie die Waffenfabriken von Eibar mit Bomben belegt.

## Tragischer Tod des Metropoliten von Krutika

Nach mehr als zehnjähriger Verbannung.

Die polnische Presse gibt in einer aus Romo datierten Meldung Gerüchte wieder, nach denen das derzeitige Oberhaupt der russischen orthodoxen Kirche, der Metropolit Peter von Krutika, von den Bolschewisten gewaltsam aus der Welt geschafft worden ist. Der Metropolit war vor mehr als zehn Jahren von den Bolschewisten nach Sibirien verbannt worden, wo er unter ständiger Bewachung der GPU in der Nähe der Mündung des Amur lebte. Obwohl die Zeit der Verbannung längst abgelaufen ist, ist der Metropolit nicht nach Moskau zurückgekehrt, angeblich, weil er auf die ihm seitens der Sowjetbehörden gestellten Bedingungen nicht eingehen wollte. In Romo wird nun vermutet, daß er eines gewaltsamen Todes gestorben ist.

Der orthodoxe Metropolit in Romo hatte unlängst eine Benachrichtigung aus Moskau erhalten, aus der hervorging, daß an die Stelle des Metropoliten Peter von Krutika der Metropolit Gergius getreten sei.